zugestellt durch Österreichische Post

FPÖ
Unsere Gemeinde
Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Korneuburg

Ausgabe · August 2026 | 561412/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten





Wir schauen auf die Stadtfinanzen!

Pflichtaufgaben zuerst, Budget sanieren, freiwillige Ausgaben kritisch prüfen.

Korneuburg ist eine lebenswerte Stadt. Damit das so bleibt, braucht es nicht nur schöne Worte, sondern solide Finanzen. Ein Gemeindebudget ist kein Selbstbedienungsladen und kein parteipolitisches Wunschkonzert. Jeder Euro, den die Stadt ausgibt, kommt letztlich von den Bürgern, von Betrieben, von Gebühren, Abgaben und Steuern. Deshalb ist es unsere Aufgabe, genau hinzusehen und dort einzugreifen, wo Prioritäten falsch gesetzt werden.

Auf Dringlichkeitsantrag der FPÖ wird die Budgetplanung daher in eine klare Richtung überarbeitet: Die Pflichtaufgaben der Stadt müssen erfüllt werden, das Budget muss saniert werden und sämtliche freiwilligen Aufgaben sind kritisch zu evaluieren. Es geht nicht darum, Leistungen für die Bevölkerung leichtfertig zu streichen. Es geht darum, zu prüfen, welche Ausgaben notwendig, wirksam, leistbar und gerechtfertigt sind. Pflichtaufgaben wie Kinderbetreuung, Schulen, Infrastruktur, Feuerwehr, Wasser, Kanal, Straßenerhaltung und Sicherheit müssen Vorrang haben. Freiwillige Projekte müssen sich an der Realität der Stadtkasse messen lassen. Hier ist **Stadtrat Mag. Ewald Ebner unser Garant für ein Budget mit Hausverstand!**

Eine besonders wichtige Rolle **bei sauberen Finanzen übernimmt auch GR Margit Flandorfer.** Sie nimmt gemeinsam mit dem durch sie geleiteten Prüfungsausschuss die Kontrolle der Finanzgebarung sehr ernst. Kontrolle ist keine Formsache. Kontrolle bedeutet, Belege zu prüfen, Abläufe zu hinterfragen, Kostenentwicklungen sichtbar zu machen und auf Transparenz zu pochen. Gerade in Zeiten angespannter Budgets braucht es Gemeinderäte, die nicht einfach durchwinken, sondern die Interessen der Steuerzahler vertreten.

Unsere Linie ist klar: Korneuburg braucht Haushaltsdisziplin statt Schönreden. Wir stehen zu notwendigen Investitionen, aber wir verlangen Kostentransparenz, Prioritätensetzung und eine ehrliche Sanierung des Budgets. Die FPÖ schaut auf das Geld der Bürger. Nicht irgendwann, sondern jetzt.

Ordnung in der Finanzverwaltung

Einheitliches Mahnwesen bei Miet- und Abgabenrückständen.



Margit Flandorfer
Gemeinderätin

Solide Stadtfinanzen beginnen aber nicht erst bei großen Projekten. Sie beginnen im Alltag der Verwaltung. Offene Mieten aus gemeindeeigenen Mietverhältnissen und offene Gemeindeabgaben dürfen nicht nach Bauchgefühl, Zufall oder persönlicher Einschätzung behandelt werden. Gleiche Sachverhalte müssen gleich behandelt werden. Das ist eine Frage der Fairness, der Rechtssicherheit und des Respekts gegenüber allen Bürgern, die ihre Verpflichtungen korrekt erfüllen.

Die FPÖ Korneuburg hat daher einen Dringlichkeitsantrag für ein einheitliches, schriftlich festgelegtes und abstrakt-generelles Mahnwesen bei Miet- und Abgabenrückständen eingebracht. Der Grundgedanke ist einfach: Es braucht klare Regeln im Vorhinein. Wer wann eine Zahlungserinnerung erhält, wann eine Mahnung erfolgt, welche Fristen gelten und welche Stelle zuständig ist, darf nicht von Einzelfall zu Einzelfall unterschiedlich sein. Das hilft auch den wirklich engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Finanzverwaltung der Stadt, denen an dieser Stelle auch ein kräftiges Dankeschön gebührt.

Ein geregeltes Mahnwesen schützt die Stadtgemeinde und es schützt auch die Betroffenen. Wer in Rückstand gerät, soll frühzeitig informiert werden. So kann rechtzeitig reagiert werden, bevor Schulden unkontrolliert anwachsen und am Ende gerichtliche Schritte oder Vollstreckungsmaßnahmen notwendig werden. Wo gesetzlich oder vertraglich zulässig, müssen Hinweise auf Kontaktaufnahme, Ratenvereinbarung oder Stundung klar und nachvollziehbar erfolgen. Hilfe und Ordnung schließen einander nicht aus.

Gleichzeitig verhindert ein objektives System jeden Eindruck von Freunderlwirtschaft. Niemand darf bevorzugt werden, niemand darf härter behandelt werden, nur weil es gerade so passt. Abweichungen vom allgemeinen Ablauf sollen nur aus sachlichen Gründen möglich sein, schriftlich begründet, dokumentiert und nachvollziehbar genehmigt. Ein Vier-Augen-Prinzip bei Abweichungen ist daher kein Misstrauen gegenüber Mitarbeitern, sondern ein Schutz für alle Beteiligten. Unser Antrag verlangt außerdem regelmäßige Rückstandskontrollen, einheitliche Fristen und Mahnstufen, klare Kriterien für weitere Schritte sowie eine anonymisierte Berichtspflicht an den zuständigen Ausschuss oder Gemeinderat. Damit entsteht ein transparentes Rückstandsmanagement, das die Finanzgebarung der Stadt stärkt und zugleich soziale Eskalationen vermeiden kann.

Freiheitliche Politik heißt: klare Regeln, gleiche Maßstäbe und Verantwortung gegenüber dem Gemeindevermögen. Die Stadt muss wirtschaftlich handeln, aber sie muss auch berechenbar handeln. Genau dafür steht unser Antrag. Alle Bürger müssen gleich behandelt werden!

Unsere Linie für Korneuburg

Kontrolle, Ordnung, Sicherheit und Heimatbewusstsein

Die Arbeit im Gemeinderat besteht nicht nur aus Reden. Sie besteht aus Anträgen, Kontrolle, Nachfragen, Aktenstudium, Ausschussarbeit und der Bereitschaft, auch unbequeme Themen anzusprechen.

Klare Sprache statt Genderzwang



Johann Pirgmayer
Gemeinderat

Amtsdeutsch ist kompliziert genug!

Eine Gemeindeverwaltung ist für die Bürger da. Ihre Schriftstücke müssen verständlich, einheitlich und rechtssicher sein. Gerade im Kontakt mit Behörden haben viele Menschen ohnehin genug mit Formularen, Fristen, Abgaben, Bescheiden und Amtswegen zu tun. Deshalb ist für uns klar: Die Stadtgemeinde soll keine künstlichen Sonderzeichen verwenden, die Texte schwerer lesbar machen.

Die FPÖ Korneuburg hat den Antrag eingebracht, in allen gemeindeamtlichen und öffentlichen Schriftstücken auf Genderstern, Gender-Gap, Gender-Doppelpunkt, Binnen-I und ähnliche Zeichenkombinationen zu verzichten. Diese Zeichen verbessern die Verständlichkeit nicht. Sie erschweren das Lesen, sie verkomplizieren die Sprache und sie führen zu uneinheitlichen Schreibweisen. Die Verwaltung soll sich an klaren Regeln orientieren, nicht an ständig wechselnden sprachpolitischen Moden. Das ist keine Nebensache. Verwaltungssprache entscheidet darüber, ob Bürger verstehen, was die Gemeinde von ihnen will, welche Rechte sie haben und welche Pflichten einzuhalten sind. Ein Schreiben über Gebühren, Kinderbetreuung, Bauverfahren oder Förderungen muss klar sein. Wer ein amtliches Schriftstück liest, soll nicht zuerst darüber stolpern, wie einzelne Wörter ideologisch umgebaut wurden. Der Inhalt muss zählen.

Unser Antrag folgt einem einfachen Prinzip: verständlich vor belehrend, einheitlich vor modisch, bürgernah vor ideologisch. Die Empfehlungen des Rates für deutsche Rechtschreibung und die Linie der niederösterreichischen Landesverwaltung zeigen, dass klare, lesbare Amtskommunikation möglich ist, ohne Sonderzeichen in jedes Wort einzubauen.

Besonders wichtig ist uns auch der Respekt gegenüber älteren Menschen, Schülern, Vereinen, Unternehmern und allen, die Deutsch nicht als Muttersprache gelernt haben. Gerade diese Gruppen brauchen einfache Sätze, klare Begriffe und verlässliche Formulierungen. Eine Gemeinde soll niemanden sprachlich ausschließen, sondern verständlich informieren. Mit unserem Anliegen haben wir uns durchgesetzt, die Umsetzung wurde uns zugesagt und dafür bedanken wir uns auch bei Bürgermeister Christian Gepp, der als Bürgermeister die internen Angelegenheiten der Stadtgemeinde regelt. So werden die klaren Regeln des schwarz/blau regierten Bundeslandes Niederösterreich auch in Korneuburg umgesetzt.

Die FPÖ steht für eine Verwaltung, die sich nicht in Symboldebatten verliert, sondern den Bürgern dient. Korneuburg braucht keine Genderexperimente im Amtsverkehr. Korneuburg braucht klare Worte, klare Regeln und klare Verantwortung.



Sicherheit im öffentlichen Raum

Hinschauen, bevor etwas passiert.

Sicherheit ist eine Grundvoraussetzung für Lebensqualität. Wer sich am Bahnhof, in einer Unterführung, auf dem Heimweg, im Park oder auf einem Schulweg unsicher fühlt, nimmt die Stadt anders wahr. Für die FPÖ ist Sicherheit daher kein Randthema und keine Frage von parteipolitischer Kosmetik. Sicherheit ist eine Kernaufgabe, die ernst genommen werden muss.

Im Gemeinderat wurde ein Dringlichkeitsantrag von NEOS, SPÖ, Grüne und FPÖ für ein Sicherheitsaudit im öffentlichen Raum aus Frauenperspektive eingebracht. Zur weiteren Beratung und Umsetzung wurde dieser Antrag an den Verkehrsausschuss verwiesen. Die FPÖ hat dieses Anliegen mitgetragen, weil es um konkrete Verbesserungen im Stadtgebiet geht. Entscheidend ist, dass aus einem Antrag keine reine Aktennotiz wird. Ein Sicherheitsaudit muss Schwachstellen sichtbar machen und anschließend zu Maßnahmen führen.

Besonders wichtig sind Beleuchtung, Sichtverhältnisse, Wegführung, Pflegezustand, soziale Kontrolle und die Gestaltung von Angsträumen. Sicherheitsprobleme entstehen nicht erst dann, wenn etwas passiert ist. Sie zeigen sich oft früher: Dunkle Ecken, verwachsene Sichtachsen, schlecht einsehbare Wege, beschädigte Infrastruktur und Bereiche, die zu bestimmten Tageszeiten gemieden werden. Eine Stadt, die solche Hinweise ernst nimmt, handelt verantwortungsvoll.

Für uns ist klar: Sicherheit darf nicht nur am Papier stehen. Die Bürger erwarten, dass Hinweise aufgenommen, überprüft und abgearbeitet werden. Für den von unserem Stadtrat Mag. Ewald Ebner geführten Verkehrsausschuss wird es einen klaren Arbeitsplan geben: Bestandsaufnahme, Prioritätenliste, Kostenschätzung, Umsetzungsschritte und regelmäßige Berichte an den Gemeinderat.



Mag. Ewald Ebner
Stadtrat

Nur so entsteht aus einem guten Anliegen ein konkretes Ergebnis. Dabei geht es nicht um Panikmache. Es geht um nüchterne Ordnungspolitik. Eine gepflegte, gut beleuchtete und übersichtlich gestaltete Stadt ist sicherer. Wer Sicherheit ernst nimmt, schützt Kinder, Jugendliche, Pendler, ältere Menschen und alle, die sich im öffentlichen Raum bewegen.

Die FPÖ Korneuburg wird darauf achten, dass Sicherheitsanträge nicht versanden. Unser Maßstab ist einfach: Weniger Angsträume, bessere Beleuchtung, mehr Ordnung und eine Stadt, in der man sich gerne und sicher bewegt.



Rot-weiß-rot statt Regenbogen am Rathaus

Ein Erfolg der FPÖ: Keine politische Sonderbeflaggung der Rathausfassade.



LAbg. GR Mag. Hubert Keyl
Fraktionsobmann

Das Rathaus ist das zentrale Amtsgebäude der Stadtgemeinde Korneuburg. Es gehört nicht einer Partei, nicht einer Bewegung und nicht einer Kampagne. Es ist der Repräsentationsort aller Korneuburger. Genau deshalb darf seine Fassade nicht politisch missbraucht werden.

Die FPÖ Korneuburg hat sich seit Jahren klar gegen eine weltanschauliche Sonderbeflaggung des Rathauses ausgesprochen. Unser Standpunkt ist eindeutig: Jeder Mensch ist mit Anstand, Respekt und Würde zu behandeln. Weltanschauung, Lebensführung oder sexuelle Orientierung sollen Privatsache sein.

In weltanschaulichen Fragen ist bei öffentlichen Gebäuden Zurückhaltung geboten. Die Beflaggung eines Rathauses ist kein beliebiger Dekorationsakt. Sie ist ein sichtbarer Ausdruck amtlicher Repräsentation. Üblicherweise stehen dabei die Fahnen der Republik Österreich, des Landes Niederösterreich, der Stadtgemeinde Korneuburg und allenfalls gesetzlich oder protokollarisch vorgesehene Beflaggungen im Vordergrund. Diese Symbole verbinden, weil sie die Gemeinschaft als Ganzes repräsentieren.



Die Regenbogenfahne wäre hingegen eine bewusste Positionierung, die wir ablehnen. Wird ein solches Symbol am Rathaus zugelassen, entsteht sofort ein Präzedenzfall für weitere Forderungen anderer Gruppen, Initiativen und Kampagnen. Eine Gemeinde kann aber nicht jede politische Botschaft an die Rathausfassade hängen. Sie hat neutral zu bleiben und alle Bürger gleichermaßen zu repräsentieren.

Rot-Weiß-Rot statt Regenbogen am Rathaus ist ein Zeichen für staatliche und kommunale Neutralität. Die FPÖ ist Garant dafür, dass das Rathaus nicht zur Projektionsfläche politischer Kampagnen wird.

LAbg. GR Mag. Hubert Keyl
Fraktionsobmann



EINLADUNG ZUM

TAG DER FAHNE

MONTAG

26

OKT.

AM HAUPTPLATZ
2100 KORNEUBURG

VON: **11 UHR** BIS: **15 UHR**

FÜR SPEIS UND TRANK IST GESORGT!

- MUSIKALISCHE UNTERHALTUNG
- FREIBIER UND GRATIS KINDERGETRÄNKE
- KINDERATTRAKTIONEN

WIR FREUEN UNS AUF EUER KOMMEN!



Udo Landbauer bringt Bus, Bahn und Anrufsammeltaxi in ein gemeinsames System



Mobilität entscheidet über Lebensqualität. Gerade im Weinviertel wissen die Menschen ganz genau, dass öffentlicher Verkehr im ländlichen Raum anders funktionieren muss als in Wien oder in anderen Ballungsräumen. Wer am Land lebt, braucht verlässliche Verbindungen für den Weg zur Arbeit, zur Schule, zum Arzt, zum Einkaufen und zurück nach Hause. Gleichzeitig muss klar sein: Ein großer Linienbus ist nicht überall und zu jeder Tageszeit die richtige Antwort. Dort, wo viele Menschen unterwegs sind, braucht es starke Linien. Dort, wo die Nachfrage geringer ist, braucht es flexible Lösungen.

Genau hier setzt das neue Verkehrsmodell „Weinviertel West“ an.

Unter der Verantwortung von Verkehrslandesrat **LH-Stellvertreter Udo Landbauer** wird der öffentliche Verkehr im westlichen Weinviertel neu geordnet. Nicht ideologisch, nicht abgehoben, sondern praktisch: Bahn, Regionalbusse und Anrufsammeltaxis werden zu einem integrierten Gesamtangebot verbunden. Das ist der richtige Weg für unsere Region.

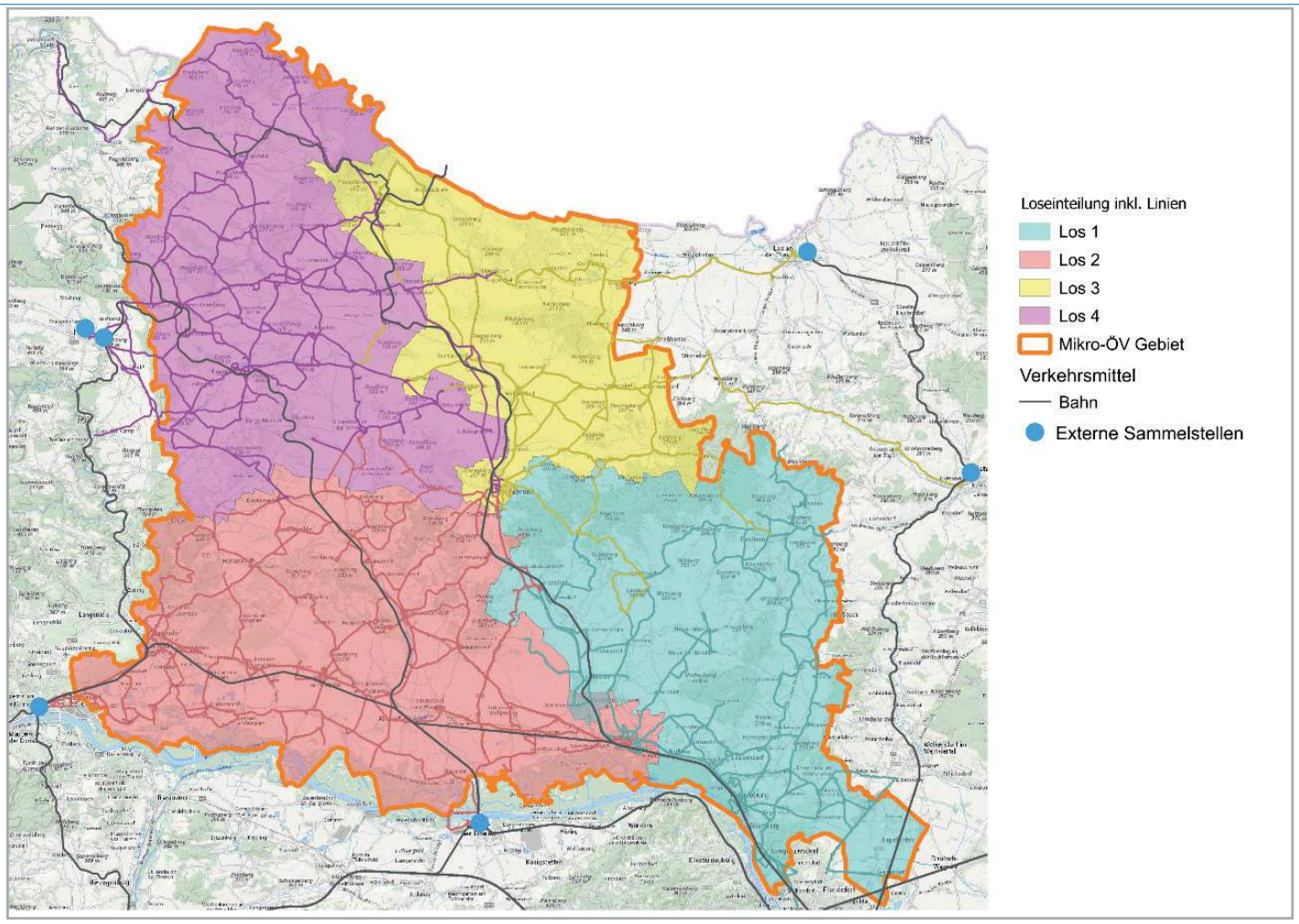
Das sogenannte leopoldi-Prinzip der NÖVOG verbindet die Stärken des klassischen Linienverkehrs mit den Stärken flexibler Bedarfsverkehre. Die Bahnlinien und die LEOpoldi Regionalbusse bilden die starken Hauptachsen. Sie sind die Hauptschlagadern des öffentlichen Verkehrs und sollen dort fahren, wo viele Fahrgäste unterwegs sind. Ergänzend dazu kommen die leoPOLDI Anrufsammeltaxis zum Einsatz. Sie kommen dort zum Einsatz, wo große Linienbusse wirtschaftlich und verkehrlich wenig sinnvoll sind – in der Fläche, auf Nebenstrecken und zu Zeiten geringerer Nachfrage.

Damit entsteht kein Flickwerk, sondern ein Gesamtmodell. Das ist der entscheidende Unterschied. Es geht nicht darum, hier ein paar Busse und dort ein paar Taxis nebeneinander fahren zu lassen. Es geht darum, die Angebote so aufeinander abzustimmen, dass der Bürger verlässlich von A nach B kommt. Gerade Pendler, Schüler, Familien und Senioren brauchen keine politischen Schlagworte, sondern ein Angebot, das im Alltag funktioniert

Die Leistungsdaten zeigen, dass hier nicht klein gedacht wird. Das Pilotprojekt „Weinviertel West“ umfasst rund 70 Gemeinden mit etwa 200.000 Einwohnern. Geplant sind rund 150 leopoldi Regionalbusse auf etwa 65 Linien. Diese werden pro Jahr rund 5,2 Millionen Kilometer zurücklegen. Zusätzlich sollen rund 21 leopoldi Anrufsammeltaxis Montag bis Samstag unterwegs sein. Bestellt werden können diese flexibel – telefonisch und über die poldi-App. Das Pilotprojekt wird für acht Jahre vergeben, mit der Möglichkeit einer Verlängerung auf zehn Jahre.

Das ist ein starkes Signal für das Weinviertel. Udo Landbauer zeigt damit, dass öffentlicher Verkehr im ländlichen Raum nicht an starren Denkmustern scheitern darf. Der Verkehrslandesrat setzt auf Qualität, Verlässlichkeit und einen sinnvollen Einsatz von Steuergeld. Genau das ist freiheitliche Verkehrspolitik: Das Angebot muss den Menschen dienen – nicht irgendwelchen politischen Moden.

Besonders wichtig ist dabei die Rolle der NÖVOG. Seit Ende 2024 hat die Niederösterreichische Verkehrsorganisationsgesellschaft



die Gesamtverantwortung für den öffentlichen Regionalbusverkehr übernommen – also für Busse und bedarfsgesteuerte Verkehre. Das ist ein wesentlicher Schritt, weil damit Planung, Abstimmung und Verbesserung aus einer Hand erfolgen können. Buslinien müssen untereinander funktionieren. Bus und Bahn müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Und flexible Angebote müssen dort eingesetzt werden, wo sie echten Nutzen bringen.

Udo Landbauer hat in dieser Frage klar gemacht, worum es geht: Öffentlicher Verkehr muss pünktlich und verlässlich sein. Das klingt einfach, ist aber der Kern jeder vernünftigen Verkehrspolitik. Die Menschen brauchen keine schönen Konzepte am Papier, sondern ein System, das sie in der Früh zur Arbeit bringt, am Nachmittag nach Hause, den Schüler in die Schule und den älteren Menschen zum Arzt.

Dass der Betriebsstart von „Weinviertel West“ nun für 2027 geplant ist, liegt nicht an politischer Untätigkeit. Der Abschluss des Vergabeprozesses hat sich wegen eines Rechtsmittels eines unterlegenen Bieters verzögert. Das ist in einem Rechtsstaat möglich und muss auch entsprechend abgewickelt werden. Wer daraus ein politisches Versagen des Landes konstruieren will, ignoriert entweder bewusst die Rechtslage oder versteht das Verfahren nicht. Ein Verkehrslandesrat kann ein Vergabeverfahren nicht einfach per Zuruf abdrehen oder einen Einspruch wegtelefonieren. Das unterscheidet seriöse Regierungsarbeit von billiger Oppositionsinszenierung.

Genau diese haltlose Inszenierung erleben wir derzeit leider von der SPÖ. Aus einer schwachen politischen Position heraus wird versucht, die Verantwortung für das Auslaufen des Anrufsammeltaxis im Bezirk Korneuburg dem Land Niederösterreich umzuhängen.

Das ist falsch. Es ist eine tatsachenwidrige Darstellung und eine Nebelgranate auf Kosten der Bürger.



Die Fakten sind klar: Das regionale Anrufsammeltaxi-System im Bezirk Korneuburg geht auf das Jahr 2015 zurück. Damals startete das Vorgängermodell „Korneuburg ISTmobil“ als regionales Zusatzangebot. Dieses Angebot war aber nie das Grundangebot des Landes Niederösterreich. Es wurde von der Region zusätzlich zum bestehenden Regionalbusangebot eingeführt.

Genau deshalb war auch immer klar: Die Gemeinden bestellen, organisieren und tragen ihren Anteil. Das Land kann fördern – und das Land hat gefördert.

Auch für das Betriebsjahr 2026 wurde die Landesförderung zugesagt. Konkret geht es um 200.528 Euro Landesförderung bei 469.800 Euro Gesamtkosten. Das Land Niederösterreich hat damit geliefert. Es hat seine Aufgabe als Fördergeber erfüllt. Wer jetzt behauptet, das Land habe „abgedreht“, verbreitet eine Unwahrheit. Die Einstellung von „Korneuburg mobil“ per 30. Juni 2026 beruht auf einer Entscheidung der beteiligten Gemeinden. Diese Gemeinden finanzieren und bestellen das System. Wenn sie die Verträge nicht weiterführen, dann ist das eine regionale Entscheidung. Und ja:

Dazu gehören auch Gemeinden, in denen die SPÖ kommunalpolitische Verantwortung trägt oder mitverantwortlich ist. Gerade deshalb ist die rote Empörung besonders durchsichtig.

Dort, wo man selbst in den Gemeinden Verantwortung trägt, will man plötzlich nichts mehr davon wissen – und zeigt mit dem Finger auf das Land.

Dabei wäre der Weg klar gewesen. Bis zur Umsetzung von „Weinviertel West“ hätte die Region das bestehende Zusatzangebot weiterführen und für eine weitere Förderung beim Land ansuchen können.

Das Land steht weiterhin als Fördergeber im Rahmen der geltenden Regeln zur Verfügung. Aber eines muss auch gesagt werden: Wer ein zusätzliches Angebot bestellt, muss auch bereit sein, den nach Abzug der Förderung verbleibenden Anteil zu tragen. Verantwortung kann man nicht nur dann übernehmen, wenn sie politisch angenehm ist.

Mit dem Start von „Weinviertel West“ wird sich diese Struktur ohnehin grundlegend verbessern. Dann werden große Teile der bedarfsgesteuerten Grundversorgung in das neue Landesgrundangebot integriert.

Für die Gemeinden bedeutet das: Künftig fällt für die ausgeschriebene bedarfsgesteuerte Grundversorgung kein eigener Kostenbeitrag mehr an. Gerade das zeigt, wie sinnvoll das neue Modell ist. Es nimmt nicht nur den Bürger ernst, sondern entlastet auch die kommunale Ebene.

Eine zentrale Rolle in dieser Auseinandersetzung nimmt auch LAbg. Mag. Hubert Keyl ein.

Als Verkehrssprecher der FPÖ Niederösterreich, als Obmann des Verkehrs-Ausschusses im NÖ Landtag und als Bezirksparteiobmann im Bezirk Korneuburg kennt er die Lage vor Ort und die Abläufe im Landtag. Er hat in der Debatte klar ausgesprochen, was Sache ist: Das Land liefert. Die Gemeinden haben eingestellt. Und die SPÖ versucht, mit einer armseligen Inszenierung von dieser Tatsache abzulenken.



LAbg. GR Mag. Hubert Keyl
Fraktionsobmann

Keyl steht dabei für eine Politik, die sich nicht von Schlagzeilen treiben lässt, sondern die Zuständigkeiten sauber benennt.

Gerade im Verkehr braucht es Sachlichkeit. Wer bestellt? Wer zahlt? Wer fördert? Wer entscheidet? Diese Fragen muss man beantworten, bevor man politische Vorwürfe erhebt. Genau das wurde im Landtag klargestellt. Die Freiheitlichen stehen zu einer funktionierenden Mobilität im Weinviertel.

Wir wissen: Das Auto bleibt im ländlichen Raum unverzichtbar. Aber dort, wo öffentlicher Verkehr sinnvoll ist, muss er auch verlässlich und sauber organisiert sein. Das neue Modell „Weinviertel West" ist deshalb ein wichtiger Schritt. Es verbindet starke Linien mit flexiblen Angeboten. Es berücksichtigt die Realität der Fläche.

Und es folgt einem einfachen Grundsatz: Öffentlicher Verkehr muss dem Bürger nützen. Während andere Parteien versuchen, aus Verzögerungen im Vergabeverfahren oder aus kommunalen Entscheidungen parteipolitisches Kleingeld zu schlagen, arbeitet Udo Landbauer an einer strukturellen Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in Niederösterreich. Das ist der Unterschied zwischen Verantwortung und Theater.

Für das Weinviertel bedeutet „Weinviertel West" eine echte Chance: mehr Ordnung im System, bessere Abstimmung von Bus und Bahn, flexible Ergänzung durch Anrufsammeltaxis und ein Angebot, das auf die Bedürfnisse der Menschen im ländlichen Raum zugeschnitten ist.

Genau diesen Weg werden wir Freiheitliche weiter unterstützen.



Feierliche Taufe des neuen FPÖ-Bezirksweins auf Burg Kreuzenstein



Am 15. Juni fand in der Tavernenwirtschaft der Burg Kreuzenstein die feierliche Taufe des neuen FPÖ-Bezirksweins des Bezirks Korneuburg statt. Bei angenehmem Wetter und im Beisein zahlreicher Gäste führte Bezirksobmann LAbg. Mag. Hubert Keyl durch das Programm.

In diesem Jahr kommt der Bezirkswein aus Oberrußbach und steht damit ganz im Zeichen der regionalen Weinbaukultur. Der Winzer darf sich über diese besondere Auszeichnung freuen und mit seinem Qualitätswein den Namen Oberrußbach über die Gemeindegrenzen hinaus vertreten.

Als Weinpate konnte **LH-Stellvertreter Udo Landbauer** gewonnen werden, der damit seine Verbundenheit zur Region und zur heimischen Weinbaukultur unterstrich.



Die feierliche Weintaufe nahm Pfarrvikar Andreas Guganeder vor. Für den besonderen Auftritt des Bezirksweins sorgt das von Künstler Odin Wiesinger gestaltete Etikett mit einem Motiv der Burg Kreuzenstein.



Nach der Weintaufe nahm Burgherr Hans Christian Wilczek die Gäste mit auf einen Rundgang durch die Burg und gab dabei interessante Einblicke in ihre Geschichte und Besonderheiten. Musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung von der Blaskapelle Langenzersdorf, die für eine stimmungsvolle Umrahmung sorgte.

Rückblickend war die Weintaufe eine feierliche und zugleich gemütliche Veranstaltung, die bei den zahlreichen Gästen großen Anklang fand. Der neue Bezirkswein aus Oberrußbach verbindet regionale Qualität mit der Verbundenheit zur Weinbaukultur des Bezirks Korneuburg.